



# Niederschrift

über die Sitzung  
des Sozialausschusses  
am 29.02.2024

## Anwesend

### **- Vorsitz**

Lensch, Eckart, Dr.

### **- Mitglieder**

Beckmann, Ulrike

Beyer, Francesca

Bicknell, Teresa in Vertretung für Marita Boos-Waidosch

Bub, Kerstin

Ehmann, MdL, Fabian in Vertretung für Ellen Kubica

Gorges, Stefanie in Vertretung für Christine Eckert

Jaensch, Ruth

Lange, Karsten

Lauzi, Myriam

Lippold, Manfred

Lüttig, Konrad

Orellana, Tupac

Rast, Sabine in Vertretung für Alexandra Gill-Gers

Siebner, Claudia

### **- beratende Mitglieder**

Carstensen, Jens

Diefenbach, Kerstin

Engelberty, Klaus

Kurz, Michael

Quick, Bernd

Stadtfeld, Thomas in Vertretung für Diana Rizkalla

### **- Schriftführung**

Kienle, Lars

### **Entschuldigt fehlen**

### **- Mitglieder**

Boos-Waidosch, Marita

Eckert, Christine

Gill-Gers, Alexandra

Kubica, Ellen

### **- beratende Mitglieder**

Rizkalla, Diana

## Tagesordnung

### a) öffentlich

1. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Mainz / Sachstandsbericht zur Umsetzung der Projektvorschläge gem. Beschlussvorlage 1416/2022
2. Partnerschaftliche Baulandbereitstellung - Infrastrukturbeitrag und Wohnraumförderung;
3. Umsetzung Konzept Wohnungslose
4. Ausweitung des Beratungsangebots für geflüchtete Menschen mit LSBTIQ Hintergrund
5. Aktueller Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation
6. Vorstellung der neuen Sozialplanerin
7. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 21.11.2023
8. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.  
Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## **öffentlich**

### **Punkt 1**            **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Mainz / Sachstandsbericht zur Umsetzung der Projektvorschläge gem. Beschlussvorlage 1416/2022** **Vorlage: 1657/2023**

Herr Quick stellt die Beschlussvorlage vor und erläutert die einzelnen Projekte sowie den Sachstand zur Umsetzung der 13 Projektvorschläge. Hiervon befinden sich sieben in der Durchführung, sowie vier in der Vorbereitung zur Durchführung. Bei zwei Projektvorschlägen ist eine Umsetzung aufgrund mangelnder Kapazitäten nicht möglich.

Im Anschluss werden Fragen seitens der Ausschussmitglieder von Herrn Quick beantwortet.

Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis von folgendem Beschluss:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Es erfolgt eine weitere Berichterstattung zum Fortgang der Projektumsetzungen im Rahmen der allgemeinen Sachberichterstattung zur UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2025.

### **Punkt 2**            **Partnerschaftliche Baulandbereitstellung - Infrastrukturbeitrag und Wohnraumförderung;** **- befristete Anhebung des Anteils an gefördertem Wohnungsbau in bestehenden und neuen Bebauungsplangebieten** **- befristete Aussetzung der Baukostenobergrenze beider Förderung von selbstgenutztem Wohnraum** **Vorlage: 0031/2024**

Herr Dr. Lensch stellt die Beschlussvorlage vor und erläutert die beabsichtigte Erhöhung der Förderquote. Wichtig sei, dass dabei eine gute soziale Durchmischung erhalten bleibe.

Frau Jaensch von der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN schlägt im Namen der Koalitionsfraktionen folgende Änderungen des Beschlusses vor:

- Unter Punkt 1 soll ergänzt werden „In besonders zu begründenden Fällen (= fehlende wirtschaftliche Umsetzbarkeit) kann ausnahmsweise eine Überschreitung der Förderquote von 80 % beantragt werden.“
- Unter Punkt 2 soll vor der Quote von 33% ein “mindestens” eingefügt werden.
- Ein zusätzlicher Punkt 3 soll mit der Formulierung „Dem Stadtrat wird rechtzeitig vor Ablauf

von drei Jahren ein Erfahrungsbericht vorgelegt“ aufgenommen werden.

Herr Lange von der CDU-Stadtratsfraktion schlägt vor, den Zeitraum zur Vorlage eines Jahresberichtes für den Stadtrat auf 2 Jahre zu verkürzen, da sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen auf dem Baumarkt aktuell sehr schnell verändern.

Es ergibt sich eine kurze Diskussion, während der auch Herr Bördner von der Leitstelle Wohnen noch einige Ausführungen macht.

Im Anschluss wird die Vorlage mit folgenden Änderungen einstimmig beschlossen:

1. Der Stadtrat stimmt der für 3 Jahre befristeten Erhöhung der Förderquote bei der Schaffung von gefördertem Mietwohnraum in bestehenden und neuen Baugebieten, für die ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen wurde, auf bis zu 80 % in einzelnen Baufeldern zu. **In besonders zu begründenden Fällen (= fehlende wirtschaftliche Umsetzbarkeit) kann ausnahmsweise eine Überschreitung der Förderquote von 80 % beantragt werden.** Die vorgeschlagene Aufteilung der Quote auf die unterschiedlichen Zielgruppen ist zu beachten. Der Stadtrat stimmt einer entsprechenden Anpassung bestehender städtebaulicher Verträge zu.
2. Die Quote im Eigentumsbereich von **mindestens** 33 % bleibt in ihrer Höhe bestehen. Der Stadtrat stimmt der für 3 Jahre befristeten Aussetzung der Baukostenobergrenze und der Einführung einer Personengruppenzuführung zu.
3. Dem Stadtrat wird rechtzeitig vor Ablauf **von zwei Jahren** ein Erfahrungsbericht vorgelegt.

### **Punkt 3**      **Umsetzung Konzept Wohnungslose**

Frau Bianka Thut, Abteilungsleiterin für den Bereich Allgemeine Sozialhilfe und Wohnen, präsentiert den aktuellen Sachstand zur Umsetzung des Konzepts Wohnungslose.

Derzeit gibt es in Mainz verschiedene Übernachtungsmöglichkeiten mit unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten für Wohnungslose. Hierunter fallen beispielsweise das Projekt „Unterkunft Plus“, das Haus 6411 in der Housing Area und der NachtRaum.

Für das Projekt „Unterkunft Plus“ für psychisch auffällige Personen ist die Eröffnung in der ersten Jahreshälfte 2024 geplant, zunächst mit einer Kapazität für 8 - 10 Personen. Hier ist die Verwaltung aktuell bezüglich des Konzeptes noch in Kontakt mit den Trägern.

Das Haus 6411 in der Housing Area bietet Plätze für 50 Personen und richtet sich besonders an Frauen und Paare.

Die Übernachtungsmöglichkeit „NachtRaum“ in den Räumlichkeiten der ehemaligen Suchtberatung des Amtes für Jugend und Familie ist seit Dezember 2023 in Betrieb. Hier können bis zu 30 Personen untergebracht werden. Die Belegung setzt sich regelmäßig mit einem Anteil von ca. 1/5 Frauen und 4/5 Männern zusammen. Herr Kurz und Herr Neumann vom DRK geben

an dieser Stelle einen Einblick zur aktuellen Entwicklung im NachtRaum und beantworten Fragen.

Die erneute Ausschreibung zur Teilnahme am Modell Housing First durch das Land soll im 1. Halbjahr 2024 erfolgen. Die Stadt Mainz wird sich sodann erneut für eine Förderung bewerben.

Im Anschluss werden weitere Fragen seitens der Ausschussmitglieder von Frau Thut beantwortet.

**Punkt 4**                    **Ausweitung des Beratungsangebots für geflüchtete Menschen mit  
LSBTIQ Hintergrund**  
**Vorlage: 0158/2024**

Herr Dr. Lensch stellt die Beschlussvorlage zur Ausweitung des Beratungsangebots für geflüchtete Menschen mit LSBTIQ Hintergrund vor.

Im Anschluss wird folgender Beschluss einstimmig mit einer Enthaltung gefasst:

Der Stadtrat beschließt, nach Vorberatung durch den Sozialausschuss, die Ausweitung des Beratungsangebots für geflüchtete Menschen mit LSBTIQ-Hintergrund beim Caritasverband Mainz von derzeit 0,50 VZÄ auf 1,00 VZÄ ab dem 01.01.2024. Die dafür zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von 44.300,00 € für das Jahr 2024 werden aus dem Haushalt des Amtes für soziale Leistungen finanziert. Die für das Beratungsangebot erforderlichen Haushaltsmittel ab dem Jahr 2025 werden im Rahmen der Haushaltsplanungen für den Doppelhaushalt 2025 / 2026 berücksichtigt.

**Punkt 5**                    **Aktueller Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation**

Frau Bianka Thut, Abteilungsleiterin für den Bereich Allgemeine Sozialhilfe und Wohnen, stellt die Flüchtlingssituation in Mainz dar. Aktuell betreut die Stadtverwaltung Mainz 18 Gemeinschaftsunterkünfte mit 3.218 Plätzen, wovon 2.552 Plätze belegt sind. Davon sind 674 ukrainische Geflüchtete in 7 Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, in denen eine Kapazität von 812 Plätzen vorhanden ist. In den 12 Gemeinschaftsunterkünften für nicht ukrainische Geflüchtete besteht aktuell eine Kapazität von 2.406 Plätzen bei einer Belegung von 1.878 Geflüchteten.

Die Gemeinschaftsunterkunft auf dem Layenhof für 100 Personen wird vom DRK betreut und ist seit Februar 2024 mit 30 Menschen belegt.

Im Anschluss werden Fragen seitens der Ausschussmitglieder von Frau Thut beantwortet.

**Punkt 6**            **Vorstellung der neuen Sozialplanerin**

Frau Jessica Kaloianis stellt sich den Ausschussmitgliedern vor. Sie ist seit 15.01.2024 als Sozialplanerin im Amt für Soziale Leistungen beschäftigt. Die Arbeitsschwerpunkte sind zum Einen die Behindertenhilfe und die Teilhabeplanung. In diesem Bereich wird sie eng mit dem Behindertenbeauftragten zusammenarbeiten. Der zweite Themenschwerpunkt ist das Armutsmonitoring sowie der Aufbau von Präventionsketten.

**Punkt 7**            **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 21.11.2023**

Die Niederschrift vom 21.11.2023 wird ohne Einwände zur Kenntnis genommen.

**Punkt 8**            **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**Ende der Sitzung: 18:30 Uhr**

.....  
**Vorsitz**

.....  
**Schriftführung**

